

IFK AKTUELL



Aus dem Inhalt

Libanon: Permanente Spannung

Syrien: Strategische Allianzen

Israel/Palästinensische Gebiete:
Festgefahrene Positionen

Ägypten: Historischer
Separatfrieden

Konfliktlinien im Nahen Osten

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Krisenmanagement als Stabilitätsgarant?

Jüngste Publikationen des IFK

In der Reihe

Internationale Sicherheit und Konfliktmanagement



Kein Feind in Sicht

Konfliktbilder und Bedrohungen der Zukunft

In diesem Band gehen international anerkannte Experten Fragen der generellen Bedeutung von Konflikt- und Bedrohungsbildern nach. Sie erörtern, welche Staaten und nichtstaatlichen Akteure die Sicherheitslage beeinflussen werden, und untersuchen, welche Themen in Zukunft entscheidend für Frieden und Sicherheit sein werden. Praktische Erfahrungen und theoretische Überlegungen reihen sich dabei aneinander, denn je komplexer die Verhältnisse sind, umso wichtiger werden Erklärungsmodelle.

In der Reihe
IFK Aktuell



Hürdenlauf nach Europa – Unvollendeter Frieden am Westbalkan

In den früheren Krisengebieten des südslawisch-albanischen Raumes, der heute von der EU als „Westbalkan“ bezeichnet wird, hat die Gefahr größerer bewaffneter Auseinandersetzungen im letzten Jahrzehnt sukzessive abgenommen. Aktuelle Entwicklungen weisen aber darauf hin, dass der Frieden noch immer zerbrechlich ist bzw. wichtige politische, gesellschaftliche und ökonomische Hürden zu nehmen sind.

In der

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie



Wandel in der türkischen Außenpolitik

In der türkischen Außenpolitik hat sich in den letzten Jahren, d.h. nach der Regierungsübernahme durch die Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei (AKP) 2002, eine spürbare Modifikation vollzogen. Neben die traditionelle Orientierung an die USA und EU (inklusive der Beitrittsambitionen) ist als neue Hauptkomponente eine stärkere Beachtung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten und ein größeres regionales Engagement getreten.

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. IFK Aktuell folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.



IFK Aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Es wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVak/BMLVS) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte und Ansätze zu deren Bewältigung. Weiters wird auf neue Trends und Erscheinungsformen im Zusammenhang mit internationalem Krisenmanagement hingewiesen. Die Inhalte von IFK Aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLVS unter:

www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml



Der Institutsleiter
Bgdr Dr. Walter Feichtinger

Nahöstliche Konfliktlinien – Krisenmanagement und Stabilität

Das Aufeinanderprallen panarabischer Visionen, postkolonialer Strukturen und massiver externer Einflussnahme führt im Nahen Osten in regelmäßigen Abständen zum offenen Ausbruch bewaffneter Konfrontationen. Die ebenfalls zu beobachtende Überhöhung durch religiöse Dimensionen erschwert die konstruktive Annäherung der Streitparteien zusätzlich und nährt einen nicht minder unversöhnlichen Irredentismus. Autoritäre Regime täuschen über eine schwache – da undemokratische – Staatlichkeit hinweg und stehen im Falle von Friedensverhandlungen vor dem Dilemma zwischen Staatsräson und Partikularinteressen.

Die mittlerweile älteste UNO-Mission in der Levante (UNTSO) begann 1948 – und dient nach wie vor der Überwachung eines brüchigen Waffenstillstandes. Durch das Einfrieren von Konflikten kann zwar erfolgreich Deeskalation betrieben werden, jedoch zum Preis einer bloß trügerischen Stabilität. Die Lösung der Konflikte kann nur durch die betroffenen Konfliktparteien selbst erfolgen – unter der Voraussetzung genuiner Kompromissbereitschaft.

Mit Blick auf die aktuellen Umwälzungen quer durch den arabisch-islamischen Raum bleibt vorerst deren Entwicklung abzuwarten. In Tunesien sollen im Juni die ersten freien Wahlen stattfinden, deren Ausgang ein Gradmesser für ähnliche Vorhaben darstellen wird. Unabhängig vom Resultat jedoch werden die Aufstände unweigerlich ihren Niederschlag im Bereich der Sicherheitsarchitektur und der damit einhergehenden Stabilitätskonzepte finden.

Inhalt	Libanon: die ehemalige „Schweiz des Nahen Ostens“	Seite 4
	Nachwehen des Bürgerkrieges	
	Konfessioneller Proporz: Grundlage des politischen Systems	
	Gespaltenes Land: pro-westliche gegen pro-syrische Koalition	
	Hisbullah: das Los der „Partei Gottes“	
	Die Libanesische Armee (LAF)	
	Grenzstreit mit Israel: Schebaa-Farmen und Ghajar	
	UNIFIL	
	Syrien: bedeutende Rolle via Bündniskalkül	Seite 6
	Machtverhältnisse: monolithisches Einparteiensystem	
	Strapazierte Beziehungen zum Nachbarn Libanon	
	„Achse des Bösen“ vs. „Achse des Widerstandes“	
	Syrien-Israel: ein angespanntes Verhältnis	
	Israel/Palästinensische Gebiete: ungelöste Streitpunkte	Seite 10
	Israel: der jüdische Staat	
	Folgen des Sechstagekrieges	
	Friedensverhandlungen: von Oslo zu „Westbank First“	
	Fatah vs. Hamas	
	Lösungsansätze	
	Ägypten: von Camp David zur Vermittlerrolle	Seite 12
	Geschichtlicher Rückblick	
	Wende der Außenpolitik: Anwar as-Sadat	
	Camp David Abkommen: historischer Separatfrieden?	
	Friedensmissionen	
	Ägyptens Vermittlerrolle	
	Umsturz in Ägypten und mögliche Folgen	

Libanon: die ehemalige „Schweiz des Nahen Ostens“ unter permanenter Spannung

Nachwehen des Bürgerkrieges

Grundlage des unabhängigen Libanon ist ein Gentleman's Agreement. Der so genannte Nationalpakt christlicher und muslimischer Politiker definiert einen konfessionellen Proporz als Basis des politischen Systems sowie das Bekenntnis zum Libanon als arabischem Staat. Die unterschiedlichen Auffassungen einzelner Religionsgruppen bezüglich des Proporztes sowie zur arabischen Identität führten erstmals 1958 und erneut 1975 zu einem Bürgerkrieg, der erst 1990 durch das Abkommen von Taif beendet wurde. Während des Bürgerkrieges kämpften hauptsächlich konfessionelle Milizen sowie externe Akteure in wechselnden Koalitionen gegeneinander. Einer der Hauptgründe für den Ausbruch des Konfliktes war die massive Präsenz von Palästinensern, insbesondere der PLO-Führung, die nach dem Schwarzen September 1970 aus Jordanien geflohen waren. Mittlerweile leben die über 400.000 palästinensischen Flüchtlinge im Libanon in zwölf quasi extraterritorialen Flüchtlingslagern.

Militärische Aktionen palästinensischer Fedayin (Freischärler) gegen Israel von libanesischem Gebiet aus höhlichten die libanesische Souveränität zunehmend aus. Diese Angriffe führten denn auch zu einer Involvierung Israels in den libanesischen Bürgerkrieg und 1982 zur Besetzung des Südlibanon bis zum Fluss Litani, die erst im Jahr 2000 beendet wurde. Syrien intervenierte ursprünglich 1976 auf der Seite der libanesischen Christen und war bis zum Ende des Bürgerkrieges im Libanon militärisch aktiv. Durch das unter saudischer Vermittlung erreichte Abkommen von Taif wurde die syrische Präsenz im Libanon international legitimiert. Syrien galt als Garant gegen die erneute Herrschaft der Milizen. In den folgenden 15 Jahren wurde der Libanon von Syrien dominiert und auch teilweise wirtschaftlich ausgebeutet. Erst infolge der Ermordung des syrien-kritischen Premierministers Rafiq al-Hariri 2005, musste die syrische Armee unter internationalem Druck aus dem Libanon abziehen.

Konfessioneller Proporz: Grundlage des politischen Systems

Im Libanon werden politische Ämter und höhere Posten im öffentlichen Dienst zwischen den

Religionsgemeinschaften aufgeteilt - beruhend auf dem Zensus von 1932. Der Präsident muss maronitischer Christ sein, der Premierminister Sunnit und der Parlamentspräsident Schiit. Die Parlamentssitze werden zwischen den christlichen und muslimischen Konfessionen im Verhältnis eins zu eins aufgeteilt. Insgesamt gibt es im Libanon 18 anerkannte Religionsgemeinschaften. Da seit 1932 keine Volkszählung mehr durchgeführt wurde, ist man auf Schätzungen angewiesen: Muslime machen insgesamt mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus - der Anteil der Christen ist zurück gegangen; die Schiiten sind die größte Bevölkerungsgruppe, gefolgt von Sunniten und Maroniten. Der Schlüssel für die Vergabe der Ämter benachteiligt demnach insbesondere die Schiiten, die z.B. über die gleiche Anzahl von Parlamentssitzen wie die demographisch schwächeren Sunniten verfügen.

Gespaltenes Land: pro-westliche gegen pro-syrische Koalition

Mit der Ermordung des Premierministers Rafiq al-Hariri, wurde das Verhältnis zu Syrien zur bestimmenden Frage der libanesischen Innenpolitik. Die Gruppierungen, die gegen den syrischen Einfluss eintraten, schlossen sich zum 14. März-Bündnis zusammen und werden besonders von den USA, Saudi-Arabien und Frankreich unterstützt. Führend im „14. März“ ist die von Rafiq al-Hariri gegründete Zukunftsbewegung (Mustaqbal) sowie die maronitisch dominierten Parteien Forces Libanaises (FL) und



Pro-Hariri Demonstration im Jahr 2011 zum 6. Jahrestag des 14. März-Bündnisses

Bild: AP PHOTO/Bilal Hussein

Kataeb (Phalangen). Als Gegenstück wurde das pro-syrische 8. März-Bündnis gebildet, das aus den schiitischen Parteien Amal und Hisbullah, sowie aus dem Free Patriotic Movement (FPM) des Bürgerkriegsgenerals Michel Aoun (Maronit) besteht. Daneben sind auch kleinere überkonfessionelle Parteien wie die Syrian Social Nationalist Party (SSNP) und die libanesische Baath-Partei Teil des „8. März“. Eine besondere Bedeutung kommt der Progressive Socialist Party (PSP) des Drusenführers Walid Jumblatt zu, die ein wichtiger Teil des „14. März“ war, sich aber wieder Syrien annäherte und eine erneute pro-westliche Regierung unter Saad al-Hariri so verhinderte. Politische Unterstützung aus dem Ausland bekommt der „8. März“ in erster Linie durch Syrien und nur im Fall der Hisbullah durch Iran. Eine neue Regierung des „8. März“ unter dem designierten Premierminister Nadschib Miqati wäre eher als pro-syrisch und nicht als pro-Hisbullah oder pro-Iran zu bezeichnen. Während sich christliche Gruppierungen auf beiden Seiten finden, ist der eigentliche Konflikt zwischen dem 14. und dem 8. März nahezu deckungsgleich mit dem Gegensatz zwischen Sunniten und Schiiten.

■ Das United Nations Special Tribunal for Lebanon (UNSTL): das „Hariri Tribunal“ als innenpolitischer Streitpunkt

Um die Attentate auf den ehemaligen Premierminister Rafiq al-Hariri sowie andere libanesische Politiker aufzuklären, gründete die UNO auf libanesischen Wunsch das UNSTL. 2009 wurde die Arbeit aufgenommen, beruhend auf der UN-Resolution 1757. Mit dem UNSTL beschäftigt sich erstmals eine internationale Instanz mit terroristischen Aktivitäten. Das Tribunal zählt 330 Mitarbeiter und 2011 ein Budget von 65 Mio. Dollar, wobei knapp die Hälfte durch den Libanon und der Rest von freiwilligen Geberländern getragen werden. Nachdem sich Berichte verdichteten, das Tribunal plane Mitglieder der Hisbullah anzuklagen, brachte diese im Jänner 2011 die „Regierung der Nationalen Einheit“ von Premierminister Saad al-Hariri, dem Sohn des Mordopfers, zu Fall. Die Hisbullah hatte im Vorfeld wiederholt gefordert, die Zusammenarbeit mit dem Tribunal einzustellen.

Hisbullah: das Los der „Partei Gottes“

Die Hisbullah entstand während des libanesischen Bürgerkrieges als „Exportprodukt“ der Iranischen Revolution und wird politisch von Generalsekretär As-Sayyid Hassan Nasrallah geführt. Die Organisation ist sowohl eine para-militärische Miliz als auch eine politische Partei und ist nicht zuletzt wegen ihres sozialen Engagements bei ärmeren schiitischen Bevölkerungsschichten äußerst populär. Als einzige Miliz hat Hisbullah unter dem Verweis auf den Kampf gegen Israel ihre Waffen nie abgegeben. Wie stark der tatsächliche Einfluss von Teheran ist, kann nicht mit Sicherheit bestimmt werden. Iran unterstützt die Bewegung auf jeden Fall finanziell und militärisch. Die eigentlich religiöse schiitische Achse Libanon-Iran wandelte sich durch das Verhältnis Iran-Hisbullah zu einer politischen Achse.

Durch den Libanon-Krieg 2006 wurden große Teile des Landes durch israelische Luftangriffe zerstört, es gelang Israel aber nicht die Hisbullah kampfunfähig zu machen - oder gar zu zerschlagen. Für die schiitische Organisation war das ein enormer

Prestigegewinn in der sunnitisch dominierten arabischen Welt.

Im Mai 2008 zeigte die Hisbullah erneut ihr militärisches Potential, als kurzerhand das muslimische West-Beirut besetzt wurde. Grund war, dass die Hisbullah ein eigenes Kommunikationsnetz installiert hatte und die pro-westliche Regierung dagegen vorgehen wollte. Die Regierung scheiterte aber dabei ihre Souveränität durchzusetzen und musste angesichts eines drohenden Bürgerkrieges (bzw. einer blutigen Niederlage) einlenken. Die Hisbullah hat im Libanon in vielen Bereichen definitiv einen „Staat im Staat“ geschaffen und ist de facto auch eine zweite Armee, die sich außerhalb jeglicher staatlicher Kontrolle bewegt. Viele nicht-schiitische Libanesen stehen der Hisbullah wegen ihrer Weigerung, die staatliche Souveränität anzuerkennen und angesichts der massiven Zerstörungen des Landes, die in einem neuen Waffengang gegen Israel drohen würden, kritisch gegenüber.

Die Libanesische Armee

Die LAF (Lebanese Armed Forces) ist eine der wenigen staatlichen Institutionen, der von der Bevölkerung konfessionsübergreifend größtenteils vertraut wird. In der LAF spiegelt sich die libanesische Bevölkerung wider, da sie sich aus Mitgliedern verschiedenster Konfessionen zusammensetzt. Dieser Umstand schränkt allerdings auch den Handlungsspielraum im Inneren ein – bei sektiererischen Ausschreitungen kann die LAF nicht einschreiten und Partei ergreifen. Das gilt angesichts von ca. 30% Schiiten im Offizierskorps besonders hinsichtlich der Hisbullah, während der Posten des Oberkommandierenden der Streitkräfte einem Maroniten vorbehalten bleibt. Trotz ihres hohen Ansehens im Libanon, bleibt der Handlungsspielraum der LAF aufgrund mangelhafter Ausrüstung, ihrer Unterbesetzung und durch konfessionelle Zwänge eingeschränkt. Zusätzlich ist die LAF massiv von ausländischer Militärhilfe, besonders aus den USA und Frankreich abhängig. Das Verhältnis der LAF zur Hisbullah ist komplex. Die LAF und Hisbullah erkennen gegenseitig ihre Legitimität an und es kommt zur punktuellen Zusammenarbeit. Wie sich die LAF in einem neuerlichen Krieg zwischen der Hisbullah und Israel verhalten würde ist unklar. Berichte sprechen dafür, dass sich die LAF in diesem Fall wesentlich stärker als 2006 gegen Israel engagieren würde.

Grenzstreit mit Israel: Schebaa-Farmen und Ghajar

Laut israelischer Diktion, hat sich die israelische Armee 2000 aus dem gesamten libanesischen Staatsgebiet zurückgezogen. Die Hisbullah rechtfertigt die eigene Bewaffnung aber mit der fortdauernden israelischen Besetzung der Schebaa-Farmen, ein Gebiet von 14 Bauernhöfen, das seit 1967 von Israel besetzt wird. Israel betrachtet das Gebiet als Teil der von Syrien annektierten Golanhöhen, laut Syrien wurden die Schebaa-Farmen aber der libanesischen Regierung geschenkt. Das Dorf Ghajar liegt ebenfalls an der Grenze der Golanhöhen zum Libanon und befand sich 1967 nur auf der syrischen Seite der Grenze. Während der israelischen Besetzung des Südlibanon bis 2000 expandierte das Dorf auf libanesisches Staatsgebiet, so dass es heute zweigeteilt ist.

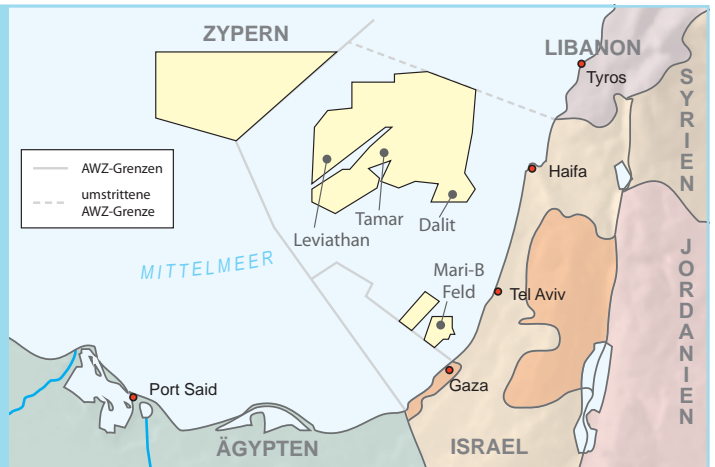
UNIFIL

Die United Nations Interim Force in Lebanon wurde 1978 als Beobachtermission eingesetzt, um den Abzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon zu bestätigen, das Gebiet zu stabilisieren und den libanesischen Staat bei der Wiederherstellung der Souveränität zu unterstützen. In den über 20 Jahren bis 2000 wurde die UNIFIL immer wieder wegen ihrer geringen Durchsetzungskraft kritisiert. Mit der UN-Resolution 1701 wurde 2006, als Reaktion auf den Krieg zwischen Hisbullah und Israel, das Mandat und die Truppenstärke entscheidend erweitert. Inoffiziell spricht man nun von UNIFIL II. Zu den Aufgaben gehört nun ausdrücklich die Unterstützung der LAF

im Südlibanon, besonders bei der Sicherung der Grenzen. Zu diesem Zweck verfügt die Mission auch über eine maritime Komponente, die Maritime Task Force (MTF). In Treffen zwischen Vertretern von UNIFIL, der LAF und Israel soll etwaigen Spannungen vorgebeugt werden. Da Hisbullah nicht Teil dieser Treffen ist, findet die Kommunikation der UNIFIL mit Hisbullah indirekt über die LAF statt. Vereinzelt kam es seit 2006 zu Zwischenfällen zwischen der UNIFIL und israelischen Streitkräften sowie der lokalen Bevölkerung. Im Jahr 2007 kam es sogar zu einem Sprengstoffanschlag, der sechs Peacekeeper das Leben kostete. Derzeit sind knapp 12.000 Soldaten bei UNIFIL im Einsatz, wobei für 2012 auch über eine österreichische Beteiligung diskutiert wird.

■ Erdgasressourcen mit Konfliktpotential

Ein bislang verbaler Konflikt zwischen Israel und Libanon entfachte sich über die kürzlich entdeckten Rohstoffvorräte im maritimen Dreieck zwischen dem Libanon, Zypern und Israel. Israel, das nicht Vertragsstaat der UN-Seerechtskonvention ist, hat die Seegrenze zu Zypern bilateral festgelegt, in Ermanglung eines Friedensabkommens nicht aber jene mit dem Libanon. Von libanesischer Seite wird Israel vorgeworfen, im Gebiet der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) bereits explorativ tätig zu sein, so in den Erdgasfeldern Tamar und Leviathan. Die Ausschließliche Wirtschaftszone ist der Meeresabschnitt, der sich gemäß der UN-Seerechtskonvention 200 Seemeilen von der Basislinie des jeweiligen Küstenstaates erstreckt.



Karte: <http://www.nobleenergyinc.com>

Syrien: bedeutende Rolle via Bündniskalkül

Syrien spielt im Nahen Osten – primär durch geschicktes Taktieren – eine gewichtige Rolle. Die Außenpolitik Syriens zeichnet sich durch starke Einflussnahme auf die libanesischen Politik, freundschaftliche Beziehungen zu einflussreichen regionalen Größen (Türkei, Iran und Saudi Arabien) sowie die Unterstützung nicht-staatlicher Akteure (Hamas, Hisbullah und säkulare palästinensische Widerstandsorganisationen) aus.

Machtverhältnisse: monolithisches Einparteiensystem

Seit 1963 bildet die von Michel Aflaq und Salah ad-Din al-Bitar gegründete Arabische Sozialistische Syrische Baath-Partei die staatstragende Partei. Zu ihren Prinzipien zählen Sozialismus, Nationalismus, Panarabismus und die Ablehnung Israels als Staatswesen. 1970 gelangte Hafes al-Asad, welcher den Offizieren des Militärkomitees der Baath-Partei angehörte, durch einen Putsch an die Macht. Al-Asad stammt aus der alawitischen Minderheit, die in Syrien ungefähr zwölf Prozent der Bevölkerung ausmacht. Da in der syrischen Verfassung verankert ist, dass der Staatspräsident Muslim sein muss, suchte Al-Asad Hilfe bei

Imam Musa al-Sadr, einem führenden schiitischen Geistlichen. Dieser erließ 1973 eine Fatwa (islamisches Rechtsgutachten), welche die Alawiten zu Anhängern der Schia, und somit des Islams erklärte. Somit war die Grundlage der Legitimität, als Staatspräsident fungieren zu können, geschaffen. Syrien ist eine Präsidialrepublik, deren Verfassung dem Präsidenten weitgehende Befugnisse zuschreibt.

Nach seinem Tod übernahm sein Sohn Baschar al-Asad die Herrschaft. Dieser konzentrierte sich, anders als sein Vater, mehr auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. 2005 wurde eine Änderung der syrischen Wirtschaft von einer sozialistischen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft beschlossen. Bislang sind jedoch nur wenige Fortschritte – unter anderem im Finanzwesen und Kommunikationssektor – zu verzeichnen.

Die Machtverhältnisse in Syrien bauen auf eine stark verzweigte Geheimdienststruktur auf. Die syrische Zivilgesellschaft ist von eingeschränkten Bürgerrechten (u.a. keine demokratischen Grundrechte, keine Versammlungsfreiheit) gekennzeichnet, was vor allem durch den seit 1963 geltenden Ausnahmezustand

belegt werden kann. Seit März 2011 erlebt das Land eine Welle von Demonstrationen, die bereits zahlreiche Todesopfer forderte. Zu den Forderungen der Demonstranten gehört neben umfassenden politischen Reformen die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Strapazierte Beziehungen zum Nachbarn Libanon

In den Augen syrischer Nationalisten galt der Libanon immer schon als Teil eines imaginären Großsyriens, der Bilad as-Scham („Länder des Nordens“). Der verstärkte Einfluss auf die libanesische Politik geht vor allem auf die Machtübernahme von Hafez al-Asad zurück. Dieser entsandte bereits nach Ausbruch des libanesischen Bürgerkrieges (1975) syrische Truppen in den Libanon mit der Begründung, palästinensische Flüchtlingscamps beschützen zu wollen. Seit dem Abkommen von Taif (1990), welches den libanesischen Bürgerkrieg beenden sollte, wurde Syrien zahlreiche Interventionsrechte in die libanesische Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik eingeräumt. Erst nach der Ermordung des ehemaligen Premierministers Rafiq al-Hariri 2005, und den darauf folgenden anti-syrischen Großdemonstrationen, musste sich Damaskus dem internationalen Druck beugen, und seine Truppen abziehen. Syrien versuchte in weiterer Folge die strapazierten Beziehungen zum Libanon zu verbessern. Im Juli 2008 kündigte Damaskus die Aufnahme von uneingeschränkten diplomatischen Beziehungen an, was die erstmalige offizielle Anerkennung der Souveränität Libanons bedeutete. Die Entsendung des ersten syrischen Botschafters in den Libanon unterstrich den Weg zur Normalisierung der Beziehungen. Aufgrund von Uneinigkeiten bezüglich des „Hariri-Tribunals“ (UNSTL), sind die bilateralen Beziehungen seit 2010 jedoch erneuten Turbulenzen ausgesetzt.

„Achse des Bösen“ vs. „Achse des Widerstandes“

Aufgrund der politischen Nähe Syriens zu Iran und der Unterstützung von Hamas und Hisbullah wurde das Land aus westlicher Sicht zum „Schurkenstaat“ erklärt und unter George W. Bush der „Axis of evil“ zugerechnet. Syrien hingegen versteht sich zusammen mit Iran, Hamas sowie der Hisbullah als „Achse des Widerstandes“, nämlich gegen „US-Imperialismus“ und „Zionismus“. Damaskus ist jedoch weder an einem direkten Konflikt mit Israel interessiert, noch in der Lage einen solchen erfolversprechend zu führen. Diese Bündnisse sollen vielmehr die eigene Position innerhalb der Region stärken – und das Gewicht in möglichen Verhandlungen erhöhen. Seit 2006, infolge des Libanonkriegs, wird in Syrien auch die Rolle eines möglichen Partners gesehen. So entsandten die USA im Jahre 2010 erstmals wieder einen Botschafter nach Damaskus.

Abbildung aufgrund von
Copyright-Bestimmungen entfernt

Syrischer Staatsempfang für Präsident Ahmedinedschad (Iran, re.) und Hassan Nasrallah (Hisbullah, li.)

Bild: AP PHOTO/SANA

Syrien-Israel: ein angespanntes Verhältnis

Das Verhältnis zwischen Syrien und Israel zeigt sich nach wie vor als äußerst angespannt. Die im Sechstagekrieg 1967 von Israel eroberten Golanhöhen befinden sich nach wie vor unter israelischer Besatzung und wurden 1981 formal annektiert. Zwar wurden 2008 diesbezüglich indirekte Verhandlungen unter türkischer Vermittlung aufgenommen, diese sind jedoch seit dem Gazakrieg Ende 2008/Anfang 2009 auf Eis gelegt. Auch die türkisch-israelischen Beziehungen sind von einer stetigen Verschlechterung seit dem Gazakrieg geprägt. Eine erneute Aufnahme von Verhandlungen unter türkischer Vermittlung ist somit nicht in Sicht.

Ein entscheidender nicht außer Acht zu lassender Faktor im syrisch-israelischen Konflikt ist die militär-strategische Bedeutung der Golanhöhen. Diese Anhöhen sind auch hinsichtlich des Wasserzuganges und der -versorgung bedeutsam. Außerdem befindet sich auf den Golanhöhen fruchtbares Ackerland.

■ United Nations Disengagement Observer Force (UNDOF)

Die United Nations Disengagement Observer Force ist seit 1974 auf den Golanhöhen stationiert. Ihre Grundlage bildet die UN-Sicherheitsratsresolution 350 (1974). Die UNDOF überwacht die Einhaltung des Waffenstillstands zwischen Syrien und Israel. Die derzeitige Stärke der Mission beläuft sich auf 1049 Truppen. Neben Soldaten aus den Philippinen (348), Indien (191), Kroatien (95), Japan (31) und Kanada (2), ist Österreich mit 378 Soldaten am stärksten präsent.

Die Grundlage der aktuellen österreichischen Truppenpräsenz bildet der Ministerrats- bzw. Nationalratsbeschluss vom Oktober 2002. Bislang wurde der Waffenstillstand von keiner der ehemaligen Kriegsparteien gebrochen.

UNSCOL	Libanon
Office of the United Nations Special Coordinator for Lebanon	
Seit:	16. Februar 2007
Mitarbeiter:	76
Leitung:	Michael C. Williams (Vereinigtes Königreich)
Koordinierung der UN-Aktivitäten, Implementierung der UN-Resolution 1701 (2006) (wurde zur Lösung des Libanonkonfliktes verabschiedet), Zusammenarbeit mit libanesischer Zivilgesellschaft und politischen Parteien.	

UNIFIL	Libanon
UN Interim Force in Libanon	
Seit:	März 1978
Truppenstärke:	12.957
Kommandant:	Generalmajor Alberto Asarta Cuevas (Spanien)
Staaten:	Bangladesch, Belgien, Brasilien, China, Dänemark, Deutschland, El Salvador, Frankreich, Ghana, Griechenland, Guatemala, Indien, Indonesien, Irland, Italien, Kambodscha, Katar, Kroatien, Malaysia, ehemalige jugoslawische Republik Mazedoniens, Nepal, Portugal, Serbien, Sierra Leone, Slowenien, Spanien, Sri Lanka, Südkorea, Tansania, Türkei, Ungarn, Zypern
Unterstützung der libanesischen Regierung bei der Wiederherstellung ihrer effektiven Befehlsgewalt in der Region; bewaffnete Blauhelmission nach Chapter 7; Entwaffnung der Milizen (v.a. Hisbullah); ergänzt durch Marine-Einsatz (MTF – Maritime Task Force).	

UNTSO	Naher Osten
UN Truce Supervision Organisation	
Seit:	Mai 1948
Truppenstärke:	365
Kommandant:	Generalmajor Juha Kilpia (Finnland)
Staaten:	Argentinien, Australien, Belgien, Chile, China, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Kanada, Malawi, Nepal, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Österreich (7), Russland, Slowakei, Slowenien, Schweden, Schweiz, USA
Ursprünglich gegründet, um die „UN Mediator and Truce Commission“ bei der Überwachung der Befolgung des Waffenstillstands zwischen Israel und den arabischen Anrainerstaaten zu unterstützen. Seither ist die UNTSO mit weiteren Aufgaben betraut, wie beispielsweise die Überwachung des Waffenstillstands im Suezkanal sowie auf den Golanhöhen, sowie die Unterstützung der UN Interim Force im Südlibanon.	

UNSCO	Naher Osten / Palästinensische Gebiete
Office of the United Nations Special Coordinator for the Middle East	
Seit:	1. Oktober 1999
Mitarbeiter:	58
Leitung:	Robert H. Serry (Niederlande)
Unterstützung im humanitären und entwicklungstechnischen Bereich für die palästinensische Bevölkerung; diplomatische Verhandlungen (Teilnahme am Nahost-Quartett) sowie Implementierung politischer Abkommen.	

UNDOF	Israel / Syrien
UN Disengagement Observer Force	
Seit:	Juni 1974
Truppenstärke:	1.193
Kommandant:	Generalmajor Natalio C. Ecarma (Philippinen)
Staaten:	Kanada, Kroatien, Indien, Japan, Österreich (378), Philippinen
Militärische Beobachtertruppe zur Aufrechterhaltung des Waffenstillstands zwischen Syrien und Israel; Überwachung der Trennungsgebiete, welche im <i>Agreement on Disengagement</i> vom Mai 1974 vorgesehen sind.	

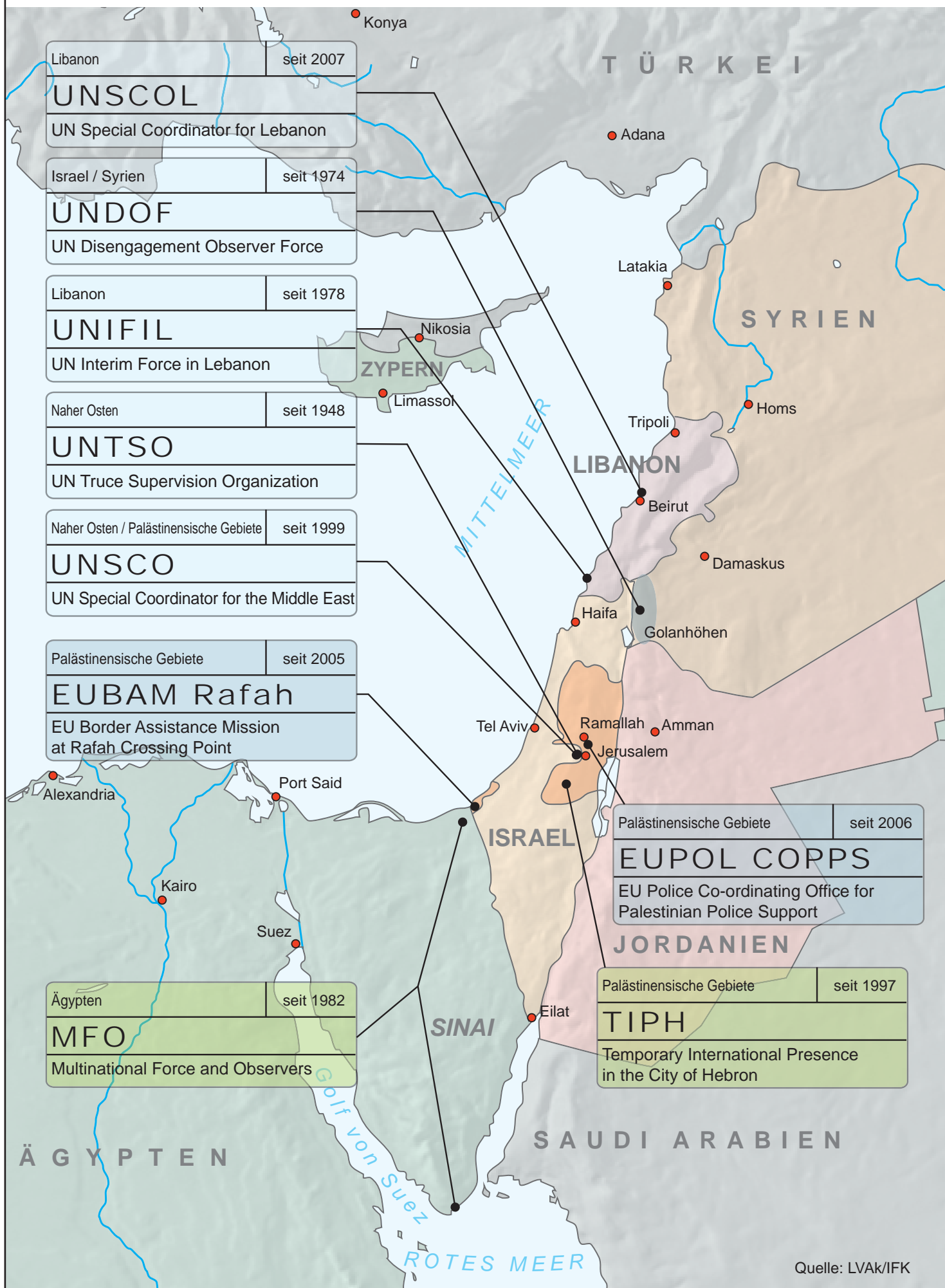
EUBAM Rafah	Palästinensische Gebiete
Border Assistance Mission at Rafah Crossing Point	
Seit:	24. November 2005
Mitarbeiter:	20
Kommandant:	Oberst Alain Faugeras (Frankreich)
Staaten:	7 EU-Mitgliedstaaten
Überwachung der Operationen am Grenzübergang Rafah zwischen Gazastreifen und Ägypten; seit Hamas-Machtübernahme 2007 ausgesetzt.	

EUPOL COPPS	Palästinensische Gebiete
EU Police Co-ordinating Office for Palestinian Police Support	
Seit:	1. Jänner 2006
Mitarbeiter:	86
Kommandant:	Henrik Malmquist (Schweden)
Staaten:	17 EU-Mitgliedstaaten, Kanada
Verbesserung der Sicherheit in den Palästinensischen Gebieten; Unterstützung der palästinensischen Autonomiebehörde bei der Verbesserung der zivilen Polizei sowie bei der Strafverfolgung; Aktivitäten derzeit auf Westbank beschränkt.	

MFO	Ägypten
Multinational Force and Observers	
Seit:	1981
Truppenstärke:	1.662
Kommandant:	Generalmajor Warren James Whiting (Neuseeland)
Staaten:	Australien, Frankreich, Italien, Kanada, Kolumbien, Neuseeland, Norwegen, Republik Fidschi-Inseln, Tschechische Republik, Ungarn, USA, Uruguay
Überwachung der Einhaltung des Friedensvertrags zwischen Israel-Ägypten aus dem Jahr 1979.	

TIPH	Palästinensische Gebiete
Temporary International Presence in the City of Hebron	
Seit:	1997
Leitung:	Einar Johnson (Norwegen)
Staaten:	Dänemark, Italien, Norwegen, Schweden, Schweiz, Türkei
Internationale zivile Beobachtermission, die beide Parteien in der Normalisierung der Situation in der Stadt unterstützt; berichtet über Brüche der Hebron-Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern, überprüft Einhaltung von Menschenrechtsstandards.	

MISSIONEN UND OPERATIONEN IM NAHEN OSTEN 2011



Israel/Palästinensische Gebiete: zementierte Positionen - ungelöste Streitpunkte

Israel: Der jüdische Staat

Das Konzept des Zionismus, einer staatlichen Heimstätte für das jüdische Volk, geht auf den Österreicher Theodor Herzl (1860-1904) zurück. Besonders vor dem Hintergrund der Judenverfolgungen in Russland und Osteuropa kam es ab Ende des 19. Jh. zur verstärkten jüdischen Einwanderung nach Palästina, das seit dem Ende des 1. Weltkriegs gemäß dem Sykes-Picot Abkommen britisches Mandatsgebiet war. Mit der Balfour-Deklaration wurde von Großbritannien im Jahre 1917 das Recht auf eine jüdische Heimstätte in Palästina eingeräumt, ohne allerdings deren Grenzen festzulegen. Den Arabern war von den Briten in der Hussein-McMacon-Korrespondenz bereits zuvor die Unabhängigkeit von den Osmanen zugesichert worden. Ein Zusammenprall von jüdischen und arabischen Interessen war somit vorprogrammiert.

Ab den 1930er Jahren kam es zur massiven Flucht von Juden aus Mitteleuropa vor den Nationalsozialisten. Die verstärkte Einwanderung nach Eretz Israel führte zu zunehmenden Konflikten mit den ansässigen Palästinensern, die von 1936 bis 1939 in einer Revolte gipfelten, die sich auch gegen die britische Kolonialpolitik wandte. Mit dem UN-Teilungsplan aus 1947 wurden die Grenzen zwischen dem jüdischen und dem arabischen Teil Palästinas festgelegt, wobei 57% des Territoriums Israel zugesprochen wurde. Jerusalem sollte unter internationaler Herrschaft stehen. Schließlich kam es am 14. Mai 1948 zur Staatsgründung Israels, woraufhin ägyptische, transjordanische, syrische, libanesisch sowie irakische Truppen in Israel einmarschierten. Im Laufe dieses ersten Arabisch-Israelischen Krieges 1948-1949 konnte sich der neue Staat Israel zusätzliches Territorium sichern. Ein großer Teil der arabischen Bevölkerung floh während den Auseinandersetzungen oder wurde vertrieben. Die verbliebenen christlichen und muslimischen Araber stellen im jüdischen Staat seitdem eine Minderheit dar.

■ Jerusalem: die dreimal heilige Stadt - ein zentraler Streitpunkt

Die Stadt Jerusalem birgt sowohl jüdische, christliche als auch islamische Heiligtümer, was dem Streit über den Status der Stadt eine religiöse Komponente verleiht.

Schon seit dem Beginn des Nahostkonflikts werden Teile der Stadt von Juden und Arabern gleichermaßen beansprucht. Bis zum Sechstagekrieg war die Stadt in das israelische Westjerusalem und das jordanische Ostjerusalem geteilt – 1967 wurde schließlich der Ostteil der Stadt durch Israel erobert. Israel betrachtet Jerusalem seitdem als unteilbare Hauptstadt (völkerrechtswidrig), während der Ostteil von der Palästinensischen Autonomiebehörde als Hauptstadt eines zukünftigen Palästinenserstaates reklamiert wird.

Folgen des Sechstagekrieges

Die Lage der Palästinenser spitzte sich nach der im Sechstagekrieg (1967) erlittenen Niederlage Ägyptens, Syriens und Jordaniens weiter zu. Neben den syrischen Golanhöhen und dem ägyptischen Sinai wurden auch das Westjordanland (Westbank), der Gazastreifen sowie Ostjerusalem besetzt. Mit der Besetzung des Westjordanlandes, das zuvor unter jordanischer Herrschaft stand, sowie des Gazastreifens, welcher der ägyptischen Verwaltung unterlag, gerieten von Palästinensern dicht besiedelte Gebiete unter der Herrschaft Israels. Die daraufhin erlassene UN-Resolution 242 (1967), die den Rückzug der israelischen Truppen aus den eroberten Gebieten sowie die Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems forderte, wurde von Israel bislang nicht erfüllt.

Stattdessen wurde seit 1968 in den besetzten Gebieten eine Siedlungspolitik verfolgt, die auf dem Allon-Plan sowie finanziellen Begünstigungen und ökonomischen Anreizen für Siedler beruht. Für die Palästinenser bedeutet der Bau von Siedlungen einen zunehmenden Verlust an Territorium, von landwirtschaftlicher Nutzfläche sowie von Zugang zu Wasser. Der Siedlungsbau ist völkerrechtswidrig und zählt neben der Flüchtlingsproblematik (derzeit 4,8 Millionen von der UNRWA Betreute), der Jerusalem-Frage und der Wasserproblematik zu den Hauptstreitpunkten zwischen Israel und den Palästinensern. 2005 wurde der Gazastreifen von ca. 8000 jüdischen Siedlern geräumt, im Westjordanland jedoch wird der Bau der Siedlungen weiterhin fortgesetzt.

Friedensverhandlungen: von Oslo zu „Westbank First“

Bereits in den 1950er Jahren begannen sich palästinensische Widerstandsorganisationen zu bilden. 1959 gründete Yassir Arafat zusammen mit weiteren Studenten die Geheimorganisation „Al-Fatah“ in Kuwait. Ab 1969 übernahm Arafat dann den Vorsitz der Dachorganisation PLO (Palästinensischen Befreiungsorganisation). Ziel der PLO ist die Gründung eines eigenständigen palästinensischen Staates. Nach dem Sechstagekrieg begann sie nun souverän und unabhängig von den arabischen Staaten zu agieren und schreckte auch vor terroristischen Methoden nicht zurück. Aufgrund der schlechten Lebensbedingungen der Palästinenser, kam es 1987 zum Ausbruch eines längerwährenden Volksaufstandes, der Intifada.

Nach Geheimverhandlungen zwischen Israel und der PLO wurde im September 1993 das Oslo Abkommen unterzeichnet und somit die gegenseitige Anerkennung bestätigt. Die PLO erkannte das Existenzrecht Israels an - umgekehrt akzeptierte Israel die PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes. Als Ergebnis wurde die erste Intifada beendet und die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) entstand.

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Bild: GETTY IMAGES/Warrick Page

Oalandiya-Checkpoint: Übergang zwischen Ramallah und Jerusalem im August 2010

Die weiteren Verhandlungen zwischen Yitzhak Rabin, damals israelischer Ministerpräsident und Yassir Arafat mündeten in die Unterzeichnung des Gaza-Jericho Abkommens im Mai 1994, welcher den israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen und aus Jericho vorsah, und schließlich im Oslo II-Abkommen (auch Tabaa-Abkommen) vom 28. September 1995, das weitere territoriale Regelungen zum Inhalt hatte. Nach der Ermordung Rabins 1995 durch den israelischen Rechtsextremen Jigal Amir, ist der Friedensprozess von Stagnation geprägt. 2000 waren erst ein Teil des Gazastreifens sowie ein kleiner Teil des Westjordanlandes unter palästinensischer Souveränität. Um die Osloer Friedensprozesse fortzusetzen, kam es im selben Jahr unter amerikanischer Vermittlung zu den Camp David II Verhandlungen. Das endgültige Scheitern dieser Friedensverhandlungen und die sich stetig verschlechternden Lebensbedingungen der Palästinenser führten im selben Jahr zum Ausbruch der zweiten Intifada, die erst 2005 ihr Ende fand. Trotz internationaler Bemühungen (Nahost-Quartett aus USA, EU, Russland und UN) ist es bis dato zu keiner Lösung des Nahost-Konfliktes gekommen. Nachdem die Friedensverhandlungen lange auf Eis gelegt waren, wurden diese 2010 wieder aufgenommen.

Fatah vs. Hamas

Im Laufe der ersten Intifada entstand eine neue aus der Muslimbruderschaft hervorgegangene Widerstandsorganisation, die Hamas. Sie konnte sich insbesondere durch den Ausbau sozialer und karitativer Netze profilieren und machte durch Anschläge gegen Zivilisten regelmäßig Schlagzeilen. Bei den palästinensischen Parlamentswahlen 2006 erlangte sie die Mehrheit der Mandate im Legislativrat. Dies markierte den Beginn der offenen Auseinandersetzung zwischen Fatah und Hamas. Die palästinensische Autonomiebehörde erfuhr weiters eine Teilung in ihrer Führung:

Die Westbank blieb unter der Herrschaft Fatahs während der Gazastreifen seit der putschartigen Übernahme 2007 von der Hamas regiert wird. Seit 2004 agiert der in Syrien lebende Khalid Maschaal als Präsident des Politbüros der Hamas.

In der Westbank hat Salam Fayyad, der 2007 vom PLO-Präsidenten Mahmoud Abbas zum Ministerpräsidenten ernannt worden war, einen Zweijahresplan beschlossen, welcher nach dem Aufbau staatlicher Strukturen und funktionierender Institutionen die Ausrufung eines palästinensischen Staates im September 2011 zum Ziel hat. Im Gazastreifen hingegen erfolgte nach der Machtübernahme der Hamas eine Politik der Isolierung und Blockade durch Israel und Ägypten. 2008/09 kam es zum Gazakrieg, der zu massiven Zerstörungen der Infrastruktur und zu zahlreichen zivilen Todesopfern im Gazastreifen führte.

Obwohl innerhalb der palästinensischen Bevölkerung Rufe nach einer Versöhnung zwischen Fatah und Hamas laut werden - Mitte März kam es zu Kundgebungen im Gazastreifen, die mit Parolen wie „Schluss mit der innerpalästinensischen Teilung!“, „Die Einheit ist unser Weg, und das Ende der Besatzung ist unser Ziel!“, zu einer Wiedervereinigung aufriefen -, ist es bis dato zu keiner nachhaltigen Einigung der beiden Parteien gekommen. Nachdem es von Seiten der Hamas wieder zu einem Raketenabschuss auf Israel gekommen ist, erfuhr der Gazastreifen im März und April 2010 eine Welle von israelischen Gegenschlägen.

Lösungsansätze

Die Lösung des Nahost-Konfliktes wird durch viele Faktoren erschwert. International herrscht darüber Konsens, dass eine Zweistaatenlösung den bestmöglichen Lösungsansatz bietet. Die

■ Der "Sicherheitszaun"

Mit der Begründung terroristische Anschläge auf Israel verhindern zu wollen, wird seit 2002 ein Sicherheitszaun zwischen dem Westjordanland und Israel errichtet. Dieser verläuft teilweise auf palästinensischem Territorium und trennt somit nicht nur palästinensische Dörfer voneinander, sondern verhindert auch den Zugang zu landwirtschaftlichen Anbauflächen sowie zu Arbeitsplätzen oder Schulen. Der Sicherheitszaun wurde vom Internationalen Gerichtshof für völkerrechtswidrig erklärt. Von israelischer Seite wird argumentiert, dass der Sicherheitszaun das Einsickern von Terroristen verhindert. Palästinenser sehen in seiner Errichtung eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, weitere Teile palästinensischen Gebiets - inklusive der größten jüdischen Siedlungsblöcke im Westjordanland - zu annektieren.

momentane Spaltung der palästinensischen Führung macht eine Lösungsfindung umso schwieriger. Eine Grenzziehung, die sich an den Grenzen von 1967 orientiert, also die Gebiete Westjordanland, Gazastreifen sowie Ostjerusalem als palästinensisches Territorium vorsieht, wird von der UNO vertreten, praktisch jedoch durch fehlende Zugeständnisse und die fortgesetzte israelische Siedlungspolitik verunmöglicht. Die Palästinenser befürchten, dass sie letztlich durch die Siedlungspolitik sowie die Errichtung des Sicherheitszaunes zu einer ungünstigen Grenzziehung gezwungen werden – insofern derzeit überhaupt ernsthafte Verhandlungsbereitschaft seitens der israelischen Regierung besteht.

Inwiefern der von Salam Fayyad propagierte Plan, nach dem Aufbau staatlicher Strukturen einen palästinensischen Staat auszurufen, durchsetzbar ist, ist fraglich, da sich der Gazastreifen nach wie vor unter der exklusiven Führung der Hamas befindet und zahlreiche Streitpunkte zwischen Israel und den Palästinensern ohne Friedensverhandlungen grundsätzlich ungelöst bleiben.

Für eine langfristige und haltbare Lösung des Nahostkonfliktes ist eine einheitliche palästinensische Führung und somit eine Versöhnung zwischen Fatah und Hamas unabdingbar. Eine Einbindung von Hamas in die Friedensverhandlungen wäre somit für die Erzielung einer Lösung wichtig. Dies setzt freilich

ein Abschwören von Gewalt seitens der Hamas voraus. Jeder weitere Aufschub einer friedlichen Lösung schafft zusätzliche Legitimitätslücken für die Autonomiebehörde, die den Zulauf zu radikalen islamistischen Gruppierungen (Salafiyya) fördern.

■ Innerisraelische Konflikte: Ultraorthodoxe Juden und israelische Araber

Ultraorthodoxe Juden (Kharedim) machen ca. 8% der jüdischen Bevölkerung aus und stellen die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe in Israel dar. Viele von ihnen lehnen den israelischen Staat aus religiösen Gründen gänzlich ab. Konflikte mit der säkularen jüdischen Mehrheit ergeben sich z.B. auch durch die Befreiung von der Wehrpflicht und aus dem Umstand, dass sie zu großen Teilen von staatlichen Transferleistungen leben.

Ungefähr 20% der israelischen Staatsbürger sind Araber und bezeichnen sich mehrheitlich als Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft. Obwohl vor dem Gesetz alle Staatsbürger gleichgestellt sind, wird häufig in verschiedenen Bereichen die Diskriminierung von Arabern beklagt. Israelische Araber sind von der Wehrpflicht ausgenommen und die Fertilitätsrate ist ebenfalls deutlich höher als bei jüdischen Israelis.

Ägypten: von Camp David zur Vermittlerrolle

Geschichtlicher Rückblick

Der von 1954 bis 1970 in Ägypten herrschende Staatspräsident Gamal Abd el-Nasser propagierte eine Politik des Sozialismus und des arabischen Nationalismus. Nachdem dieser 1956 den Suezkanal verstaatlichte, besetzten englische und französische Truppen, mit der Intention den Panarabismus zu schwächen, die Kanalzone. Israelische Truppen marschierten in den damals unter ägyptischer Verwaltung stehenden Gazastreifen sowie in den Sinai ein. Aufgrund des Drucks der beiden Blockmächte, USA und Sowjetunion, sahen sich die Truppen jedoch zum Abzug gezwungen.

Der Sechstagekrieg 1967 markierte eine katastrophale militärische und politische Niederlage der Ägypter, welche vehemente politische, wirtschaftliche und soziale Folgen hatte und die geopolitische Machtkonstellationen im Nahen Osten nachhaltig prägte: Neben der Besetzung der Golanhöhen, des Westjordanlandes und des Gazastreifens, eroberte Israel die strategisch bedeutende Sinai-Halbinsel und somit auch den Suezkanal.

Wende der Außenpolitik: Anwar as-Sadat

Eine bedeutende Wende in der Außenpolitik Ägyptens erfolgte durch die Machtübernahme Anwar as-Sadats 1970, der eine Annäherung an den Westen anstrebte. Um dessen Vertrauen zu

gewinnen, beschloss As-Sadat Friedensverhandlungen mit Israel aufzunehmen. Mit der Intention seine Verhandlungsgrundlage zu verbessern, bereitete er zusammen mit Syrien einen Angriffskrieg auf Israel 1973 (Yom-Kippur Krieg oder Oktoberkrieg) vor. Zwar konnten Syrien und Ägypten nur in den ersten Tagen militärische Erfolge erzielen, jedoch bedeutete der Oktoberkrieg insofern einen politischen Erfolg, als er Israels militärische Verwundbarkeit zeigte. Somit hatte er vor allem psychologische Folgen, da es Ägypten gelang, den Suezkanal zu überqueren.

Camp David Abkommen: historischer Separatfrieden?

Die Friedensverhandlungen unter amerikanischer Vermittlung mündeten im Friedensvertrag vom 26. März 1979, dessen Grundlage der Camp David Rahmenvertrag von 1978 bildete. Der Friedensvertrag sah den Rückzug israelischer Truppen aus dem Sinai-Gebiet vor. Mit dem Vorwurf Ägypten habe einen Separatfrieden geschlossen und somit die anderen arabischen Staaten verraten, wurde Ägypten aus der arabischen Liga ausgeschlossen. Faktisch schwächte das Camp David Abkommen die Chancen auf einen arabisch-israelischen Gesamtfrieden, da mit dem Wegfall Ägyptens als stärkster militärischer Macht die Verhandlungsgrundlage, vor allem der Palästinenser, geschwächt wurde. Auch innenpolitisch wurden die Friedensverhandlungen von der ägyptischen Opposition heftig kritisiert.

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Bild: AP PHOTO/ Bob Daugherty

Camp David Abkommen im März 1979 zwischen Israel und Ägypten unter Präsident Jimmy Carters Vermittlung

Für die ägyptisch-amerikanischen Beziehungen bedeutete der Friedensvertrag eine starke Annäherung an die USA, die sich durch Militär- und Wirtschaftshilfe für Kairo ausdrückte. Ägypten zählt somit bis dato zu einem starken Verbündeten der USA und ist mit 1,3 Mrd. US-Dollar pro Jahr an amerikanischen Hilfszahlungen der zweitgrößte Empfänger im Nahen Osten nach Israel.

Friedensmissionen

Nachdem ausländische Truppen den Suezkanal besetzten, wurde die erste bewaffnete UN-Friedenstruppe UNEF I auf der Sinai-Halbinsel stationiert. Diese sollte den Abzug der ausländischen Truppen überwachen sowie den Frieden zwischen Ägypten und Israel sicherstellen. Die UNEF I zog sich 1967 zurück. Nach dem Oktober-Krieg 1973 folgte die Mission UNEF II, die 1979 aus Ägypten abzog. Ihre Aufgabe bestand in der Überwachung des Waffenstillstands zwischen Ägypten und Israel. Gefolgt wurde sie von der internationalen Friedenstruppe MFO, die bis heute besteht (siehe Infobox).

Ägyptens Vermittlerrolle

Seit dem Friedensabkommen mit Israel bemüht sich Ägypten um eine Vermittlerrolle zwischen Israel und Palästina, Israel und Hamas, und seit 2006 auch zwischen Fatah und Hamas. In ihrer Vermittlerrolle ist Ägypten jedoch sowohl durch außenpolitische als auch innenpolitische Gegebenheiten beschränkt. So ist Ägypten

einerseits an Verpflichtungen gegenüber den USA gebunden, andererseits ist die pro-amerikanische und die damit einhergehende israelfreundliche Haltung innenpolitisch weitgehender Kritik ausgesetzt.

Als Vermittler spielte vor allem der ehemalige ägyptische Geheimdienstchef Omar Suleiman eine wichtige Rolle. Dieser fungierte zentral in zahlreichen Vermittlungen im Nahost-Konflikt und war an mehreren Waffenstillstandsvereinbarungen beteiligt. Sein Nachfolger Murad Muwafi ist ebenfalls aktiv in die Vermittlung des innerpalästinensischen Konfliktes zwischen Fatah und Hamas involviert. Ägypten wird von der Hamas jedoch nicht als neutraler Vermittler angesehen.

Umsturz in Ägypten und mögliche Folgen

Nach dem Sturz Hosni Mubaraks bleibt offen, wie sich der Regimewechsel und der Ausgang der nächsten Parlamentswahlen zum einen auf die ägyptisch-israelischen Beziehungen, zum anderen auf die Rolle Ägyptens als Vermittler im Nahost-Konflikt auswirken werden. Die Annahme gilt jedoch, dass Ägypten an einem fortbestehenden Frieden mit Israel interessiert ist. Im Zuge des Umsturzes wurde die Forderung nach einer Volksabstimmung oder einer parlamentarischen Behandlung des Friedensvertrages laut, vereinzelt wurde sogar dessen Aufkündigung gefordert. Die Armeeführung, als neue Machthaber, bekannte sich aber umgehend zum Friedensvertrag, garantiert dieser doch u.a. die weltweit zweithöchste US-Militärhilfe. In einem demokratischen Ägypten könnte es jedoch insbesondere hinsichtlich der Gazablockade sowie der intern umstrittenen Gaslieferungen an Israel zu Änderungen kommen.

■ Multinational Force and Observers (MFO)

Die MFO, eine unabhängige internationale Organisation mit Friedenssicherungsaufgaben, ist seit 1981 auf der Sinai-Halbinsel stationiert.

Ihre Aufgabe ist die Überwachung der Implementierung der Bestimmungen des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages. Australien, Kanada, Kolumbien, Tschechien, Frankreich, Ungarn, Italien, Neuseeland, Norwegen, die USA, Uruguay sowie die Fidschi-Inseln partizipieren in der MFO.

Kritisiert wird sie insbesondere von der ägyptischen Opposition, weil mit der Präsenz ausländischer Kräfte im Rahmen der MFO, die Souveränität des Sinai nicht vollständig hergestellt ist.



Libanesische Kommunalwahlen im Mai 2010: Verzagte Reform und Bestätigung des Status Quo

Im Vorfeld der diesjährigen Gemeindegewahlen wurde langwierig über eine Reform des Wahlrechts debattiert. In Ermangelung eines Konsenses wurde die Abhaltung der Wahlen zum ursprünglich geplanten Zeitpunkt festgelegt. Diese fanden unter massiven Sicherheitsvorkehrungen statt und bestätigten sowohl die lokalen Machthaber in ihren Ämtern, als auch die Bedeutung der zwei verfeindeten nationalen Bündnisse.



Nordafrika im Umbruch – Von Diktatur zu Demokratie?

In Tunesien starteten mit der Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010 beispiellose politische Umwälzungen. Damit wird der Beginn eines gesellschaftlichen Wandels markiert, der mittlerweile den Großteil der arabischen Welt erfasst hat. Nach dem Sturz des tunesischen Regimes kippte auch die Herrschaft Hosni Mubaraks in Ägypten. In Libyen zeichnen sich ebenfalls gravierende Veränderungen ab.



Gaza 2010 – Isolierung, Islamisierung und Fragmentierung

Der Abzug von Tsahal und der israelischen Siedler aus dem Gazastreifen im Sommer 2005 erfolgte unilateral, ohne Koordination mit der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA). Die israelische Regierung hatte lediglich mit der Hamas verhandelt, um einen Abzug unter Beschuss auszuschließen. Das daraus entstandene Machtvakuum konnte die Hamas keine zwei Jahre später endgültig füllen. Von da an deklarierte der seit März 2006 amtierende Ministerpräsident Ismail Haniyeh den politischen Führungsanspruch im Gazastreifen für sich, worauf Israel das Gebiet zur „feindlichen Entität“ erklärte.



Zeitgenössisches Islamisches Reformdenken – Umfeld, Akteure und Ausrichtung des kritisch-progressiven Diskurses

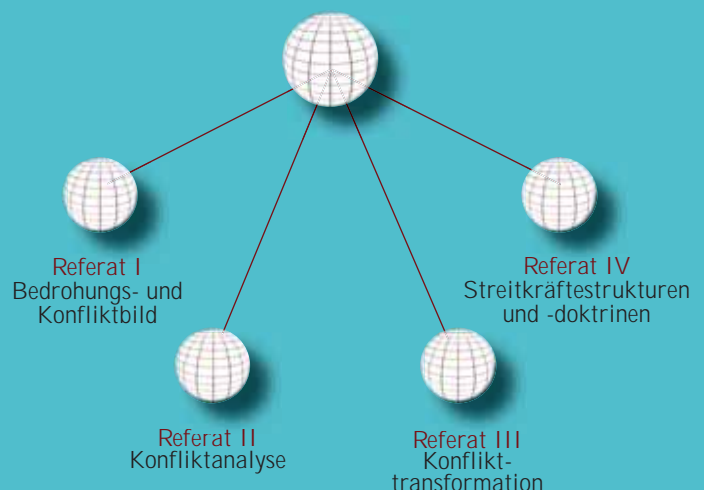
In ihrem Ringen um eine Versöhnung zwischen Tradition und Moderne sehen sich die fortschrittlichen muslimischen Denker zahlreichen Widerständen ausgesetzt. Die Schwierigkeit für die Reformdenker besteht nicht nur im Herbeiführen eines allgemeinen Gesinnungswandels sondern vielmehr in der politischen Durchsetzung ihrer Anliegen, da sie die Legitimität der politischen Führung aufgrund der Interessenverquickung mit der islamischen Geistlichkeit in Frage stellen und deren undemokratischen Charakter kritisieren.

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVAK) des österreichischen Bundesheeres. Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- Beiträge zur Politikberatung
 - Forschung und Lehre
 - Öffentlichkeitsarbeit
- Bedrohungs- und Konfliktbild: Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und dessen Bekämpfung ein zentrales Forschungsgebiet dar.
 - Konfliktanalyse: Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.
 - Konflikttransformation: Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Aufarbeitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.
 - Streitkräftestrukturen und -doktrinen: In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.

INSTITUTSLEITUNG



Geplante Publikationen 2011 (Auswahl):

- ⇒ IFK-Aktuell: Unabhängigkeit des Süd-Sudan
- ⇒ Somalia: Optionen – Chancen – Stolpersteine
- ⇒ Das türkische Engagement im Nahen Osten

Sie finden unsere BMLVS - Publikationen auch im Internet auf unserer Homepage unter <http://www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml>

So kommen Sie zu uns:

- Nähe U3-Station Neubaugasse, Ausgang Stiftgasse
- Kreuzung: Innere Mariahilferstraße (Hohe Nr. 30) / Stiftgasse



Kontakt:

Landesverteidigungsakademie Wien
Institut für Friedenssicherung
und Konfliktmanagement

AG Stiftgasse 2a
Akademietrakt 2. Stock, Süd-Risalit
1070 Wien
ÖSTERREICH

tel. | +43 (0) 50201 10 28701
fax | +43 (0) 50201 10 17262
e-mail | lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Impressum

Eigentümer, Verleger und Hersteller:
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE
Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Tel. +43 (0) 50201 10 28700

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Brigadier Dr. Walter Feichtinger

Redaktion:
MMag. Wolfgang Mühlberger

Designkonzept und Layout:
LVAK / Referat III - Medien

Herstellung:
BMLVS / Heeresdruckerei Arsenal, 1030 Wien -
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

E-Mail: lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Autor:



MMag. Wolfgang Mühlberger

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie. Studien der Arabistik/Islamwissenschaft und Afrikanistik an der Universität Wien. Forschungsfelder: Israelisch-Arabischer Konflikt, islamistische Organisationen im Wandel (ägyptische Muslimbruderschaft, Hamas und Hisbullah), regionale Hegemoniebestrebungen sowie aktuelle Reformansätze im islamischen Denken.

Diese Publikation entstand mit besonderer Unterstützung von Sherin Gharib, Tobias Lang und Christian Wurzer.

